Nr. 530. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 11. November 1898.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Das Kaiserpaar im Orient.

Der Kaiser und die Kaiserin fuhren Donnerstag früh 9 Uhr von Damaskus ab; nachdem sie im Zeltlager von Muallakah das Frühstück eingenommen hatten, erreichten sie nach 2½stündiger Wagenfahrt gegen 5 Uhr Baalbek, wo das Zeltlager innerhalb gewaltiger Ruinen errichtet wurde. Die Stadt ist festlich geschmückt. Die Einwohner begrüßten das Kaiserpaar enthusiastisch. Innerhalb der Ruinen hat der Sultan einen Marmorstein errichten lassen, der mit dem deutschen und dem türkischen Wappen versehen ist. Unter denselben ist folgende Inschrift gleichfalls in deutscher und türkischer Sprache eingegraben: „Abdul Hamid II., Kaiser der Ottomanen, seinem erlauchten Freunde Wilhelm II., deutschen Kaiser und König von Preußen, und der Kaiserin Auguste Viktoria zur Erinnerung an die gegenseitige unwandelbare Freundschaft und den Besuch der kaiserlichen Majestäten in Baalbek im November 1898."

Am Mittwoch ließ der Kaiser in Damaskus durch den Militär-Attaché der kaiserlichen Botschaft in Konstantinopel Major Morgen einen Kranz zu Häupten des Grabes des Sultans Saladin niederlegen mit folgender Aufschrift: Wilhelm II., deutscher Kaiser, König von Preußen dem Andenken des tapferen und ritterlichen Sultan Saladin.

Zwischen Kaiser Wilhelm und dem Sultan sind anläßlich des Besuches in Damaskus herzliche Depeschen gewechselt worden.

Das deutsche Konsulat in Cagliari hat die Mittheilung erhalten, daß Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Viktoria am 17. d. Mts. den Hafen von Cagliari berühren werden.

Die Vorgänge in Frankreich.

Ueber den neuen Esterhazy-Brief, auf dessen Spur der Kassationshof übrigens durch den Advokaten der Familie Dreyfus, Mornard, gebracht wurde, giebt der „Temps" noch folgende Einzelheiten: Der Kassationshof hat bei einem Handelsagenten in Paris ein Schriftstück mit Beschlag belegen lassen, dessen Vorhandensein dem Kassationshofe während seiner gegenwärtigen Untersuchung mitgetheilt worden war. Es handelt sich um einen Brief Esterhazys, der sich nicht auf die Dreyfus-Angelegenheit bezieht. Das Schriftstück erhält seine Wichtigkeit durch die Thatsache, daß es auf Pauspapier gleicher Quadrirung wie das Bordereau geschrieben sein soll, das dem Kriegsgericht von 1894 als von Dreyfus herrührend vorgelegt worden ist. Es ergab sich aus der Nachforschung, die im Jahre 1894 der Direktor der öffentlichen Sicherheit, Cochefert, und der Schriftsachverständige Bertillon bei einer großen Anzahl von Papierverkäufern und -Fabrikanten angestellt haben, daß dieses Papier äußerst selten ist. Cochefert und Bertillon konnten nicht einmal eine Probe von demselben Papier finden, von dem das Bordereau ist. Der „Temps" glaubt zu wissen, daß dieser Brief einen Monat älter ist als das Bordereau. Wie das Bordereau ist dieser Brief auf der Vorder- und Rückseite beschrieben. Die Haussuchung bei dem genannten Handelsagenten fand in folgender Weise statt: Am Sonnabend, 29. Oktober, soll nach der Sitzung des Kassationshofes, in der die Ergänzungsuntersuchung angeordnet wurde, der Anwalt der Familie Dreyfus, Maitre Mornard, einen Antrag gestellt haben, in dem er den Kassationshof ersuchte, einen Brief Esterhazys mit Beschlag belegen zu lassen, dessen Echtheit sicher sei, da er sich in gerichtlichen Prozeßakten befinde. Der Kassationshof beauftragte sein Mitglied Atthalin mit der Beschlagnahme, dieser wieder einen Untersuchungsrichter. Der Letztere belegte alsdann das Schriftstück mit Beschlag. Der Beamte unterbreitete es einem Gerichtsvollzieher, der es schon einmal in Händen gehabt hatte und es jetzt wiedererkannte.

In der nächsten Zeit erscheint, wie der „N. Fr. Pr." berichtet wird, im Verlage Stock in Paris ein Werk von George Clemenceau unter dem Titel: „Von der Ungerechtigkeit — zur Gerechtigkeit". Es bietet eine kritische historische Darstellung aller Abschnitte der Dreyfus-Angelegenheit von der Verurtheilung des Exkapitäns bis zur Entdeckung seiner Unschuld und der Bloßlegung aller Umtriebe, die gegen ihn geschmiedet wurden. Das Buch Clemenceaus zeigt aber auch, wie nur allmälig und schrittweise die Erkenntniß der Wahrheit durchgedrungen ist und wie sich diese ganz natürlich und mit zwingender Gewalt ergeben hat. An Clemenceaus Beispiel selbst wird die Entwicklung klar, die der öffentliche Geist in Frankreich genommen hat, bis er zur Erkenntniß des Rechtsirrthums gelangt ist, an dessen Gutmachung soeben der Kassationshof arbeitet. Nach einer Vorrede läßt Clemenceau die Artikel folgen, die er in der „Justice" gegen Dreyfus geschrieben. Er verlangte die schwerste Strafe für das schwerste Verbrechen; allerdings bekämpfte er schon damals die Geheimhaltung der Kriegsgerichtsverhandlung. Daran schließen sich die Arbeiten Clemenceaus über die Unregelmäßigkeit in dem Verfahren. Dreyfus ist schuldig, aber er wurde durch rechtswidrige und ungesetzliche Mittel der Verurtheilung zugeführt. „Die Gerechtigkeit für Alle" ist das Leitmotiv dieses Theiles des Werkes. „Das Unrecht, das einem Einzigen zugefügt wird, trifft uns Alle." Diesen Gedanken führt Clemenceau in einer Reihe von glänzenden Artikeln aus. An diese formellen Rechtswidrigkeiten knüpft sich der Zweifel, ob Dreyfus überhaupt schuldig sei. Dieser Zweifel wird allmälig zur Gewißheit der Unschuld des Dreyfus, nachdem Clemenceau erkannt, daß die zähe Verfolgung des Ex-Kapitäns, die Erweckung aller Leidenschaften, die Agitation für die klerikalen Machtgelüste nur ein Mittel ist, die großen Errungenschaften am Ende des neunzehnten Jahrhunderts hinfällig zu machen und den Sieg der schwarzen Gegen-Revolution zu feiern, der durch den Antisemitismus erfochten werden sollte. In dieser Beziehung ist Clemenceaus Werk von Bedeutung für den Liberalismus in ganz Europa. Frankreich selbst, die Republik, von deren Boden die Freiheit ausgegangen, sollte das Signal geben zu Gunsten der Reaktion. Dieses Beispiel mußte wirken. Männer wie Zola, Trarieux, Scheurer-Kestner und Clemenceau haben dieses Treiben enthüllt — an dem Fall Dreyfus kann man lernen. Und deshalb ist Clemenceaus geistvolles Werk eines der lehrreichsten Bücher der modernen Zeit.

Prozeß Lucheni.

Der Prozeß gegen den Mörder der Kaiserin Elisabeth vor dem Schwurgericht in Genf hat gestern Abend mit der Verurtheilung Luchenis zu lebenslänglichem Zuchthaus geendet. Bei seiner Vernehmung erklärte der Angeklagte wiederholt, er sei von Niemand zur That aufgefordert worden und es kümmere ihn durchaus nicht, ob sein Name in den Zeitungen stände. Auf eine Frage des Präsidenten, ob er seine That bereue, erwiderte Lucheni, daß er dies nicht thue, sondern sie gegebenenfalls wiederholen würde. (Allgemeines Entsetzen.) Von den Zeugenaussagen ist diejenige des Polizisten Käser bemerkenswerth, der feststellte, dß im Augenblicke der Verhaftung Luchenis Niemand an einen Mordanschlag gegen die Kaiserin gedacht habe. Polizeikorporal Lacroix berichtet, Lucheni habe zunächst zugegeben, eine Frau geschlagen zu haben, und das Fehlgehen des Stoßes bedauert; als ihm Zeuge auf dem Wege zum Gefängniß den Erfolg seiner Schandthat mittheilte, habe er in zynischen Worten seine Befriedigung darüber kundgegeben. Lucheni habe sich sofort als Anarchisten bekannt und allen großen Häuptern das gleiche Loos angedroht. Es seien viele Anarchisten in Lausanne und Genf, gleichwohl habe er sofort bestritten, Mitschuldige zu haben. Zeuge berichtet, er habe den Angeklagten bereits am Tage vor dem Morde im Gespräch mit einem älteren gut gekleideten Herrn gesehen und ihn auch am Tage des Mordes mit einem anderen elegant gekleideten alten Herrn auf einer Bank sitzend in einem französisch geführten Gespräch beobachtet, in dem sie von Reisen sprachen. Nach der Verhaftung habe Lucheni gesagt, wenn er am Morgen des 10. September fünfzig Franken gehabt hätte, hätte er nicht die Kaiserin getödtet, sondern wäre nach Italien gefahren, um König Humbert zu ermorden. Doch sei dies gleichgültig, dies werde binnen Kurzem ein Anderer besorgen. Die Aussage des Zeugen Lacroix erkennt der Angeklagte als richtig an. Es folgt die Vernehmung der zunächst zur Kaiserin gerufenen Aerzte Dr. Golay und Dr. Mayor, sowie der mit der Autopsie von Amtswegen betraut gewesenen Aerzte Dr. Gosse, Reverdin und Megevaud, die gleich dem Besitzer des Hotels Beaurivage und dessen Frau die bereits bekannten Thatsachen bestätigen. Zeuge Mayor erwähnte, daß die Kaiserin, die ursprünglich mit dem Mittagszug nach Territet reisen wollte, zu spät nach dem Hotel zurückgekommen sei und sich in letzter Stunde zu der Dampferfahrt entschlossen habe. Es wird sodann der Zeuge Gatti vernommen, mit dem Lucheni am Abend vor dem Morde, wie er zugiebt, im Englischen Garten gesprochen hat. Zeuge Jacquemond, Schiffsangestellter, bekundet, er habe Lucheni am 9. September mit einem anderen kleineren Herrn lebhaft italienisch sprechen hören; Zeuge hat indessen diesen in keinem von vier ihm gegenübergestellten Personen wiedererkannt. Zeuge Welti sagt, er habe Lucheni am Morgen des 10. mit einem jungen Mann mit großem Hut und mit einem alten Herrn am Landungssteg gesehen. Dies bestreitet Lucheni. Polizist Ecuyer theilt mit, ihm habe Lucheni gesagt, er habe den Herzog von Orleans ermorden wollen, der, ehe ein Jahr um sei, sein Theil auch haben werde. Wenn er im letzten Jahre beauftragt worden wäre, den König von Italien zu ermorden, so würde er sein Ziel nicht verfehlt haben. Der Angeklagte bestätigt alle diese Angaben. Lucheni erklärt sodann auf Befragen, er habe es nicht auf die Kaiserin von Oesterreich abgesehen gehabt, sondern nach Zeitungsangaben vermerkt, daß der Herzog von Orleans von Sitten aus durch Genf kommen werde. Weitere Zeugenaussagen bestätigen, daß Lucheni als Anarchist bekannt war, den „Agitatore" las, anarchistische Versammlungen besuchte, sich, namentlich wenn er getrunken hatte, auch als Anarchisten bekannte, auch daß er einen ihm angebotenen Dolch nur wegen des zu hohen Preises nicht kaufte. Lucheni bestätigt auch diese Aussagen. Auf Befragen des Präsidenten erklärt der Angeklagte, er habe beim Ankauf der Feile bereits gewußt, wozu er sie kaufte. (Bewegung.) Zeuge Sartori, Maler in Lausanne, weiß, daß der als Mitschuldiger des Angeklagten verhaftete Martinelli das Heft zu der Feile anfertigte. Zeuge kannte Lucheni, ohne zu wissen, daß er Anarchist sei. Immerhin habe Lucheni eines Tages zu ihm gesagt, er möchte auch jemanden tödten, aber es müßte jemand von Bedeutung sein, damit alle Zeitungen davon sprächen. Lucheni erkennt die Richtigkeit dieser Aussage an, wobei er sich lebhaft verbeugt. Ein Zeuge sagt aus, Luchenis Aufführung sei schlecht gewesen, darum habe er ihn und einige andere dem Justiz- und Polizeidepartement als Anarchisten signalisirt, da sie den „Agitatore" verbreiteten. Dieselben seien oft in verdächtiger Weise zusammengekommen. Baumeister Papis von Versoix berichtet, Lucheni sei von Ende Juli 1891 bis Ende April 1892 bei ihm beschäftigt gewesen, habe sich stets gut geführt. Zwei Genfer Kostgeberinnen bestreiten, Lucheni in der Zeit kurz vor dem Morde beherbergt zu haben; ihre Aussagen werden von Lucheni und dessen Vertheidiger lebhaft angegriffen.

Nach der Beweisaufnahme ergreift der Generalprokurator Navazza das Wort zu seinem Plaidoyer, in welchem er in bestimmtester Weise darlegt, daß Lucheni mit voller Ueberlegung gehandelt habe. Der Antrag des Generalprokurators lautet demgemäß auf lebenslängliche Einschließung. Der Offizialvertheidiger Luchenis, Advokat Moriaud, suchte in mehr als einstündiger Rede nachzuweisen, daß die Verantwortung des Angeklagten nur eine begrenzte sei. Er bitte die Geschworenen beim Andenken der edlen ermordeten Kaiserin, welche immer für die Verurtheilten Gnade zu erlangen gesucht habe, nicht ein unerbittliches Urtheil abzugeben, weil es der Menschheit doch gelingen könnte, in 20 Jahren aus dem jugendlichen Verbrecher einen besseren Menschen zu machen.

Nach 20 Minuten betraten die Geschworenen wieder den Saal und bejahten alle drei Fragen, indem sie Lucheni des Mordes an der Kaiserin von Oesterreich, begangen mit Vorbedacht und mit Hinterlist, unter Ablehnung mildernder Umstände für schuldig erklärten. Hierauf beantragte Generalprokurator Navazza für Lucheni lebenslängliche Zuchthausstrafe. Demgemäß erkannte der Gerichtshof.

Aus dem Reiche.

Die **Großherzogin Luise von Baden** vollendet am 3. Dezember das 60. Lebensjahr. Zu diesem Tage wird der Kaiser in Baden-Baden erwartet. — Der **Minister für Handel und Gewerbe Brefeld** und der Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Gewerbe Hoeter haben sich nach Düsseldorf begeben. — Der Superintendent der Diözese Berlin II und erster Pfarrer an St. Johannis **Evangelist Reinhold Schönberner** ist Mittwoch Abend gestorben. — In Berlin wird am Bußtag im Neuen königlichen Opern-Theater eine von dem Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken veranstaltete **Gedächtnißfeier für den Fürsten Bismarck** stattfinden. — Im **Ersatzjahr 1897/98** wurden für das Landheer und die Marine im Bereiche der preußischen Monarchie insgesamt 151 832 Mannschaften ausgehoben. Von diesen hatten Schulbildung in der deutschen Sprache 151 398, nur in der nichtdeutschen Muttersprache 264, während 170 = 0,11 v. H. ohne Schulbildung waren gegen 2,30 v. H. im Ersatzjahr 1879/80. — Der geschäftsführende Ausschuß des **Lehrerverbandes der Provinz Brandenburg** bereitet die Aufstellung einer statistischen Uebersicht über die Besoldungsverhältnisse aller in den Volksschulen wirkenden Rektoren, Hauptlehrer und Lehrer vor. Er fordert zu diesem Zweck die Lehrer in einem Aufruf zur Bildung von Kreisbureaus auf, von denen das erforderliche Material gesammelt werden soll. Abgesehen von einigen Ausnahmen in den Vororten von Berlin würden sich, wie der Aufruf besagt, dazu besonders die Vereine eignen, die ihren Sitz in den Kreisstädten haben. Als Stichtag der statistischen Aufnahmen ist der 1. Februar 1899 in Aussicht genommen. Die Statistik hat den Endzweck, auf eine fernere Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer hinzuarbeiten. — Die Stadtverordneten in Braunschweig beschlossen, an geeigneter Stelle vorstellig zu werden wegen Oeffnung der Grenzen für die **Einfuhr des Schlachtviehes.** — Der Verein zur Fürsorge für Strafentlassene in Chemnitz hat nach dem Vorbilde Leipzigs eine **Schreibstube für Arbeitslose** eröffnet, in der er nicht nur seine Pfleglinge, sondern auch andere Arbeitslose mit Schreibwerk aller Art, namentlich für die dortige Geschäftswelt, beschäftigt. — In Straßburg beschloß der Gemeinderath die Anstellung eines **städtischen Wohnungs-Inspektors.** Die Kompetenz des Wohnungs-Inspektors wurde dahin geregelt, daß dieser sich stets in den Wohnungen, die die städtische Wohnungskommission als ungesund bezeichnet hat, von dem Stande der angeordneten Besserungsmaßregeln zu überzeugen und bis in's Einzelne hinein anzugeben hat, was zur Beseitigung des ungesunden Zustandes der Wohnungen geschehen soll.

Deutschland.

Berlin, 11. November. Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Plenarsitzung dem Ausschußantrag, betreffend die Abänderung der Ausführungsvorschriften zum Tabaksteuergesetz, die Zustimmung und der Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer bezüglich des den Rechnungshof betreffenden Theiles für 1896—97 die Entlastung ertheilt. Die Entwürfe zum Reichshaushaltsetat für 1899, betreffend die Einnahmen an Zöllen, Verbrauchssteuern ꝛc., und betreffend die Einnahmen an Stempelabgaben, sowie die Etats des Reichsinvalidenfonds und der Reichsjustizverwaltung wurden genehmigt. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

— Gestern begannen in München die Verhandlungen der deutschen Postverwaltungen über verschiedene Verwaltungsfragen und Reformpläne. Bekanntlich ist u. A. auch die Reform des Zeitungstarifs im Reichspostamt in die Wege geleitet worden; man hat die Grundzüge einer solchen Reform festgestellt. Vor der endgültigen Gestaltung einer Vorlage für Bundesrath und Reichstag mußte aber mit den Regierungen von Baiern und Würtemberg verhandelt werden, weil diese Staaten ein Postreservatrecht besitzen. Staatssekretär von Podbielski gedenkt an den Verhandlungen der deutschen Postverwaltungen theilzunehmen und sich von München nach Stuttgart zu begeben. Ende nächster Woche wird er wieder in Berlin eintreffen und am 18. November in der anberaumten Konferenz der Oberpostdirektoren den Vorsitz führen. In dieser werden außer der Frage der Personalreform auch noch andere Reformpläne zur Erörterung gelangen.

— Die intransigente Zentrumspresse bemüht sich, den versöhnenden Eindruck, den das hochherzige Geschenk unseres Kaisers an die Katholiken und der friedfertige und wohlwollende Depeschenwechsel mit dem Papste auf die Katholiken Deutschlands hervorgebracht hat, zu verwischen. Die „Köln. Volksztg." warnt vor „Vertrauensseligkeit" und deutet allen Ernstes darauf hin, daß der Kulturkampf augenblicklich nicht begonnen werden könne, weil „der Knüppel beim Hunde liege", daß aber darauf zu rechnen sei, daß der Kulturkampf „wiederkomme". Eine frivolere Aufreizung der Katholiken ist noch nicht unternommen worden. Die deutschen Katholiken werden aus den Machenschaften des demokratischen Zentrumsblattes ersehen, von welcher Seite die steten Bedrohungen des konfessionellen Friedens ausgehen.

— Daß in dem neuen Etat eine Forderung für die Reorganisation der Feldartillerie, die der Kriegsminister schon vor fast einem Jahre als nicht wohl mehr aufschiebbar bezeichnete, erscheinen wird, ist als bestimmt zu betrachten. Mit einiger Sicherheit darf auch angenommen werden, daß diese Reorganisation jedem normalen Korps von zwei Divisionen zwei Brigaden Feldartillerie, je eine zu zwei kleineren und übersichtlicheren Regimentern für die Division, außerdem vielleicht eine Haubitzabtheilung für jedes Armeekorps geben wird, daß man ferner der Kostenersparniß halber an eine Verminderung der reitenden Abtheilungen auf die für Kavallerie-Divisionen im Kriege nöthige Zahl denkt. Veränderungen dürften auch bezüglich des Detachements Jäger zu Pferde bevorstehen, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese der Einheitlichkeit der Schulung dieses Spezialpersonals wegen auf ein Zusammenfassen gerichtet sein werden. Daß man eine besondere Telegraphentruppe errichten will, ist schon vor längerer Zeit berichtet worden. Die „Köln. Ztg." glaubt aber, daß die Blätter irren, die annehmen, daß man die Reorganisation oder die Neubildungen mit einem Schlage durchzuführen beabsichtige. Daß eine baldige und volle Durchführung der Reorganisation namentlich bei der Feldartillerie, deren Gliederung seit einer ganzen Reihe von Jahren einen Torso darstellte und bei der Mobilmachung zu Improvisationen zwang, dringend erwünscht wäre, daß die Zeit seit der oben berührten Erklärung des Kriegsministers auch ausreichend gewesen sein dürfte, um die nöthigen Vorbereitungen für die Neugliedernng zu treffen, unterliegt keinem Zweifel. Wenn man daher die Durchführung der Neugliederung der dritten Hauptwaffe, trotz der in Frankreich für 1899 vorgesehenen Vermehrung und Reorganisation der Feldartillerie (wohlgemerkt auch der Fußartillerie, die auf 17 + 9 = 26 Bataillone kommen soll), auf mehrere Jahre vertheilte, so könnte dies als Gründe nur die Rücksicht auf Ersparnisse und die Besorgniß haben, die deutsche Feldartillerie könnte, nach recht langem Stocken der Beförderung in den höhern Stellen, das Tempo des Aufrückens der Kavallerie und Fußartillerie, wenn auch nicht erreichen, so doch ihm näher kommen als bisher, wo noch vor kurzer Zeit etatsmäßige Stabsoffiziere der Feldartillerie dieselben Oberstenpatente besaßen wie Brigadekommandeure der Kavallerie, und Fußartillerie-Regimentskommandeure zum Theil jünger sind als Abtheilungskommandeure der Feldartillerie.

— Zum Fall Spahn bringt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Mittheilung:

Der Herr Reichskanzler hat sich außer Stande erklärt, dem Reichsgerichtsrath Dr. Spahn den nach der Wahl in Aachen erbetenen Urlaub für die nächste Landtagssession zu ertheilen, und hat Herrn Dr. Spahn hiervon — im Uebrigen unter bereitwilliger Anerkennung seiner verdienstvollen parlamentarischen Wirksamkeit — Kenntniß gegeben. An den Präsidenten des Reichsgerichts, Herrn Dr. von Oehlschläger, der sich im Interesse des Reichsgerichts gegen die Beurlaubung ausgesprochen hatte, ist gleichzeitig ein allgemeiner Erlaß ergangen, den wir in Nachstehendem wiedergeben können:

Berlin, den 9. November 1898.

Seit der Errichtung des Reichsgerichts ist, wie Euere Excellenz wissen, ausnahmelos, und stets in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten des Gerichtshofes, daran festgehalten worden, daß Rücksichten auf die ungestörte Thätigkeit des Reichsgerichts eine Betheiligung seiner Mitglieder an den Arbeiten der einzelstaatlichen Landtage verbieten. In Anerkennung dieses Grundsatzes haben bisher nicht nur diejenigen Richter, die bei ihrer Berufung in den Gerichtshof ein Landtagsmandat besaßen, auf das Mandat verzichtet, sondern auch Mitglieder, denen nach ihrem Eintritt in den Gerichtshof ein Mandat angetragen wurde, dessen Uebernahme abgelehnt.

Ich gedenke an der seitherigen Auffassung auch für die Zukunft festzuhalten. Ich kann nicht in einzelnen Fällen eine Ausnahme machen; denn ich würde damit die Reichsverwaltung dem Vorwurf der Willkür, vielleicht sogar dem Anschein aussetzen, als begünstige sie bestimmte politische Interessen. Ich kann umgekehrt den bisherigen Grundsatz auch nicht fallen lassen; denn, da Angehörige aller größeren und vieler kleineren Bundesstaaten im Reichsgericht sich befinden, wäre es nicht ausgeschlossen, daß mehrere Mitglieder gleichzeitig für die Arbeiten ihrer heimathlichen Landtage in Anspruch genommen werden, und damit müßte die Thätigkeit des Gerichtshofs eine schwere Störung erleiden. Ich muß zur Zeit auf dem gedachten Standpunkt umsomehr verbleiben, als das Reichsgericht bekanntermaßen aller seiner Kräfte dringend bedarf und als die bevorstehende Umgestaltung unseres Bürgerlichen Rechts den Gerichtshof mit einer großen Aufgabe neu belastet.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ersuche ich Euere Excellenz ergebenst, die gegenwärtigen Mitglieder des Gerichtshofs aus dem vorliegenden Anlaß und die später eintretenden Richter alsbald bei ihrer Einführung davon verständigen zu wollen, daß ich nicht in der Lage sein würde, zu der Abwesenheit einzelner Richter behufs ihrer Betheiligung an landständischen Arbeiten meine Zustimmung zu ertheilen.

Der Reichskanzler: gez. Fürst zu Hohenlohe.

— Die sozialdemokratischen Sammlungen nehmen einen starken Aufschwung. Bekanntlich ist in der letzten Zeit von sozialdemokratischen Führern zu regerer Beitragszahlung aufgefordert worden, da die ausgedehntere Agitationsthätigkeit reichere Mittel benöthige. Diese wiederholten Aufforderungen haben Erfolg gehabt. In diesem September gingen fast 14 000 Mark ein gegen 12 330 im Jahre 1897, 8350 im Jahre 1896 und 6250 im Jahre 1895; im Oktober steigerten sich die Einnahmen sogar auf rund 40 000 Mk. gegen 24 500 in 1897 und 25 500 in 1896. Allerdings betrug im Jahre 1895 die Oktober-Einnahme noch fast 15 000 Mark mehr als diesmal; allein dafür waren die Erträgnisse der späteren Monate erheblich niedriger als die der entsprechenden Monate in folgenden Jahren. Die die diesmalige Oktober-Einnahme besteht zur größeren Hälfte aus dem vom „Vorwärts" erzielten Reingewinn, nämlich 20113 Mark, sodann befinden sich in der Quittung die folgenden gewohnten Posten: Mann im Monde 2835 Mk. und X. Y. Z. 2000 Mark. Von den Berliner „Genossen" sind im Laufe des angegebenen Monats nicht weniger als rund 5800 Mark herausgepreßt worden. Bitter muß es auch den „Genossen" Bebel und Singer angekommen sein, ihren bisherigen Beitrag von 50 Mark auf 100 Mark zu erhöhen; „Genosse" Arons, der noch bei dem alten Satze geblieben ist, wird nicht umhin können, gleich den beiden anderen genannten „Proletariern" reichlicher beizusteuern. Aus Zürich ist ein „Rest der in der Schweiz für die deutschen Reichstagswahlen gesammelten Gelder" im Betrage von 500 Mk. verzeichnet. Wieviel die Hauptsumme dieser bemerkenswerthen Wahlunterstützungen betragen hat, ist nicht ersichtlich. Genug. Die „proletarische" Partei überflügelt die gesamten übrigen „kapitalistischen" Parteien ganz erheblich an Reichthum — und an Verständniß für die Nothwendigkeit einer wohlgefüllten Kriegskasse.

Köln, 10. November. Wie die „Köln. Ztg." aus London meldet, hat die englische Regierung Major Marchand die Erlaubniß ertheilt, auf dem Nil nach Faschoda unter der Bedingung zurückzukehren, daß er alsbald nach seinem Eintreffen daselbst mit seinen Truppen das ganze Faschodagebiet räume. Die französische Regierung habe bereits ausdrücklich dieser Bedingung zugestimmt. Lord Cromer in Kairo ist angewiesen, die Rückreise Marchands, die voraussichtlich schon morgen (Freitag) von Kairo aus angetreten werden soll, thunlichst zu erleichtern. Welchen Weg Major Marchand von Faschoda aus nehmen werde, ist noch nicht bekannt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. November. Die Christlich-Sozialen Fink, Loser und Schoiswohl interpelliren wegen des Duells Gniewosz-Wolf und fragen an, warum der Ministerpräsident dieses Duell nicht verhindert habe. Abg. Professor Schleicher (christlich-sozial) fragt den Präsidenten, was derselbe als Katholik gethan habe, um das Duell Wolf-Gniewosz zu verhindern. Der Präsident erklärt, er habe sich bemüht, das Duell zu verhindern. Abt Treuinfels (Zentrum) bringt einen Dringlichkeitsantrag auf Schaffung eines parlamentarischen Ehrengerichts für die ganze Session ein, welches in einzelnen Fällen von Beleidigung die Genugthuung festzustellen hätte. Die Genugthuung soll durch Widerruf, Entschuldigung oder Abbitte erfolgen, keinesfalls aber auf dem Wege des Zweikampfs. Wer dem Spruche des Ehrengerichts nicht Folge leiste, dürfe das Haus nicht betreten.

Prag, 10. November. Heute am späten Abend fanden neue Krawalle vor dem deutschen Kasino statt. Die Ansammlungen wurden durch ein großes Aufgebot von Polizei zerstreut. Auf dem Wenzelsplatze wurde durch Patronen, die unter den Pferdehufen der Kavallerie explodirten, worauf die Pferde wie toll in die Menge hineinstürmten, gewaltige Aufregung erzeugt.

Frankreich.

Paris, 10. November. Die Reise des deutschen Kaiserpaares nach Spanien wird hier als Demonstration gegen die anglo-amerikanischen Weltherrschaftspläne aufgefaßt. (!)

Asien.

Peking, 10. November. Das Tsungli-Yamen hat dem diplomatischen Korps versprochen, die Truppen Kangsus zurückzuziehen, hat aber nicht angegeben, wohin die Truppen sich zurückziehen sollen. Das diplomatische Korps sieht dieses Versprechen für unbestimmt und unbefriedigend an und wird heute wieder eine Sitzung abhalten. Der japanische Gesandte theilte seinen Kollegen mit, Japan erwarte in gleicher Weise wie die anderen Mächte an einem eventuellen Schutze der Eisenbahnen theilnehmen zu dürfen. In Bezug auf die übertriebenen Meldungen betreffend die Mission des Lord Beresford ist es nothwendig, darauf hinzuweisen, daß Beresford während seiner **Unterredungen mit Chinesen in Peking** die absolute Nothwendigkeit darlegte, daß die chinesische Armee nach europäischem Muster reorganisirt werde. Prinz Chang Ching habe versprochen, die Anstellung eines hohen englischen Offiziers als Kommandeur der Truppen in Hankow herbeizuführen. Yunglu aber habe erklärt, ein gewöhnlicher Instruktor sei ausreichend. Die Chinesen hätten bisher nicht einmal einen Instruktor verlangt und werden es schwerlich thun, weil sie befürchten, daß die Deutschen und die Russen mit ähnlichen Forderungen auftreten würden. Chinesische Beamte versichern, Lord Beresford werde mit größtem Mißtrauen von der Kaiserin betrachtet, welche entdeckt habe, daß derselbe Ueberbringer eines Briefes von Kangyuwei an den Kaiser sei. Heute wurde ein Edikt veröffentlicht, durch welches der Direktor der Nordbahnen, Huyusin, zum Mitglied des Tsungli-Yamen ernannt wird. Dies soll für die englischen Interessen günstig sein.

Landwirthschaftskammer.

* **Stettin,** 11. November.

Die heutige Sitzung wurde um 9¼ Uhr durch den Vorsitzenden, Graf Schwerin-Löwitz, eröffnet und zunächst die Wahl zweier Mitglieder des Landwirthschaftsrathes vorgenommen. Gewählt wurden die Herren Graf Schwerin-Löwitz und Rittergutsbesitzer von Wangenheim-Kl.-Spiegel. Die Kammer ermächtigte ferner den Vorstand, die Wahlen zum Landes-Oekonomiekollegium selbst zu vollziehen, sofern nicht bis zum Wahltermin eine neue Tagung der Kammer stattfindet. — Hierauf wurde in die Erledigung des Restes der Tagesordnung eingetreten mit der Berathung über die Fürsorge für die Arbeitervermittelung durch die Landwirthschaftskammer und Errichtung eines ländlichen Arbeitsnachweises. Als Referenten für die Vorlage waren bestellt die Herren Rittergutsbesitzer Coste-Brusenfelde und Beelitz-Garden. Beide beklagen lebhaft den immer stärker fühlbar werdenden Mangel an ländlichen Arbeitern und die Unzulänglichkeit des Arbeitsnachweises. Vielfach würden die Arbeiter durch die Stellenvermittler geradezu verleitet, die eben angetretene Stellung wieder zu verlassen, indem man ihnen sagt, daß sie bei Aufgabe der Arbeit gleich wieder eine andere Stellung finden könnten. Es wird, um den herrschenden Uebelständen nach Möglichkeit abzuhelfen, die Berufung eines Ausschusses für Arbeitswesen vorgeschlagen, dem ein zu errichtender Arbeitsnachweis unterstellt werden würde. Letzterer solle nicht nur die Arbeitgeber mit guten Leuten versorgen, sondern auch die Arbeiter schützen gegen Uebervortheilung durch die Vermittler und gegen die daraus sich ergebenden Enttäuschungen, welche schließlich Unzufriedenheit hervorrufen. — Herr v. Below-Saleske wendet sich gegen die Konkurrenz der Arbeitgeber unter einander, ihm sei bekannt, daß namhafte Gutsbesitzer im Kösliner Kreise ihrem Nachbarn die Arbeiter hätten abwendig machen lassen. — Herr v. Wangenheim-Klein-Spiegel wünscht den Arbeitsnachweis recht bald ins Leben gerufen zu sehen, wenn möglich noch vor Weih-

nachten. Andernfalls wäre es nothwendig, daß von Seiten der Kammer wirklich zuverlässige Agenten empfohlen werden. — Herr Moek-Mühlenkamp tritt für Abänderung des Freizügigkeitsgesetzes ein nach der Richtung hin, daß von den großen Städten wieder ein „Einzugsgeld“ erhoben werde. Eine solche Maßregel könne wohl dazu beitragen, der Uebervölkerung der großen Städte und der Entvölkerung des flachen Landes einen Riegel vorzuschieben. — Herr Schwerin-Löwitz bemerkt, daß der Vorstand der Kammer bereits Vorbereitungen für Errichtung des Arbeitsnachweises getroffen habe, vor Weihnachten werde sich die Idee aber kaum noch realisiren lassen. Redner weist ferner auf die nationale Gefahr hin, welche sich aus der fortdauernden Heranziehung polnischer Arbeiter ergebe. — Herr Oberpräsident v. Puttkamer bedauert, daß er verhindert gewesen sei, der Erörterung von Anfang an beizuwohnen, doch dürfe er sagen, daß ihm die Frage des ländlichen Arbeitermangels von Amtswegen ziemlich vertraut sei. Er befinde sich in der angenehmen Lage erklären zu können, daß von Seiten der Staatsregierung dem Ausschuß für Arbeitswesen und der Arbeiter-Vermittelungsstelle alle nur mögliche Unterstützung zu Theil werden würde. Als Arbeitgeber müsse er sagen, daß der Arbeitermangel nicht überall so groß sei, wie derselbe hier dargestellt worden. Der Mangel trete besonders hervor in den großen Wirthschaften, welche mit Zuckerrübenbau und Brennerei arbeiten und wo zeitweise der Bedarf an Arbeitskräften das Angebot übersteigt. Er selbst wirthschafte mit einer Anzahl Arbeiterfamilien, welche seit Generationen bei ihm ansässig sind, und ein ähnlich erfreulicher Zustand sei in einem erheblichen Theil des Stolper Kreises zu finden. Die Errichtung eines Arbeitsnachweises durch die Kammer begrüße er mit Freuden. Besonders dankbar sei er dem Vorsitzenden für die von demselben gegebene Anregung hinsichtlich der nationalen Frage, welche mit der Arbeitereinwanderung zusammenhänge. Die Bedeutung dieser Frage sei nicht zu unterschätzen, denn im Osten unserer Provinz sei die Polonisirung bereits in Fluß gebracht worden. Die Politik der Regierung müsse darauf gerichtet sein, die Polonisirungsversuche hintanzuhalten, wenn auch dem Nothstande der Landwirthschaft Rechnung getragen werden müsse. Deshalb solle der Import von russischen, polnischen oder galizischen Arbeitern für die Landwirthschaft nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert werden, man möge den fremden Arbeitern alle erdenklichen Vortheile für die Zeit ihres Hierseins gewähren, aber man müsse verhindern, daß diese Elemente bei uns seßhaft werden. Der Arbeitsnachweis der Kammer werde diese Frage daher im Auge zu behalten haben, dann werde es gelingen, den Wechselgang der auswärtigen Arbeiter nutzbringend zu gestalten. — Im weiteren Verlauf der Diskussion wendet sich Herr v. Wangenheim-Kl.-Spiegel gegen die von anderer Seite angeregte Einführung schwedischer Arbeiter, die ihm als höchst unzuverlässig bekannt geworden. Redner würde es ferner lebhaft bedauern, wenn, wie verlautet, die Ausgabe ermäßigter Arbeiterfahrkarten seitens der Eisenbahnverwaltung erweitert werden sollte. Zu wünschen wäre sodann, daß bei den Uebungen der Reservisten mehr als bisher Rücksicht auf die landwirthschaftlichen Arbeiten genommen werde und daß die Einziehung nicht gerade in der Zeit der Kartoffelernte erfolge. — Herr Oberförster Heynemann schlägt vor, die ländlichen Arbeiter durch Pachtverträge seßhaft zu machen. — Mit einem Resumee des Vorsitzenden, worin derselbe seiner Befriedigung über die lebhafte Antheilnahme der Kammer an der vorliegenden wichtigen Frage Ausdruck giebt, schließt die Erörterung.

Es folgt sodann ein längeres Referat des Herrn Generalsekretärs Dr. Gerber über die Entwickelung des Notirungswesens der Landwirthschaftskammern und den Einfluß desselben auf die Preisbildung landwirthschaftlicher Produkte. Referent hebt hervor, daß die Landwirthschaftskammer von Pommern als erste mit Gründung einer Notirungsstelle vorgegangen sei. Die Notirungen hätten jetzt in der Berliner Zentralstelle eine feste Stütze gefunden, so daß dieselben immer mehr die ihnen zukommende Beachtung finden. Wenn trotzdem noch nicht überall nach Notirungen der Kammer verkauft werde, so liege die Schuld nicht an Mängeln der Notirung, sondern daran, daß die ländlichen Besitzer noch viel zu sehr in pekuniärer Hinsicht von den Händlern abhängig sind. Die Zentralstelle habe durch ihr Eingreifen die Preisschwankungen für den Berliner Markt erheblich gemildert und die Landwirthe hätten daher die Pflicht, an dem weiteren Ausbau der Preisnotirungen durch die Kammer mitzuwirken, indem sie die erforderlichen Auskünfte prompt ertheilen und nur nach Notirung der Zentralstelle verkaufen. — Hierzu hat Herr v. Below-Saleske folgenden Antrag gestellt, den er kurz begründet: „Der Vorstand der Landwirthschaftskammer wolle dahin wirken, daß seitens der Militärverwaltungen nicht mehr wie bisher bei Einkäufen die kommunalen Marktnotizen des beziehungsweisen Garnisonsortes zu Grunde gelegt werden, sondern die Notizen der landwirthschaftlichen Zentralstelle, und zwar solange, als amtliche Börsennotizen ausstehen.“ — Der Vorsitzende bemerkt, daß die nächste Konferenz der Kammer-Vorstände, die jedenfalls im Mai nächsten Jahres in Stettin stattfinden werde, sich ebenfalls mit dem hier erörterten Gegenstande befassen werde. — Herr v. Böhn-Culsow führt Klage über das vom Stolper Proviantamt beim Einkauf von Futterhafer eingeschlagene Verfahren. Der Kornhaus-Genossenschaft zu Stolp sei die Lieferung eines größeren Quantums Hafer zum Preise von 130 Mark per Tonne aufgegeben worden, und nachdem die erforderliche Menge bereit gestellt war, sei ein Herabdrücken des Preises auf 128 bezw. 126 Mark erfolgt. Damit schließt die Debatte und wird der Antrag v. Below angenommen. — Einige von Herrn Direktor Cleve vertretenen Vorschläge auf Aenderung der Geschäftsordnung und Zusammensetzung der Ausschüsse werden von der Kammer gebilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und wird die Sitzung um $11^{1}/_{2}$ Uhr mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser geschlossen.

Um 3 Uhr fand im Hotel de Prusse ein gemeinschaftliches Essen der Kammermitglieder statt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. November. Der Rittergutsbesitzer v. Puttkamer in Treblin, Kreis Rummelsburg, ist zum außerordentlichen Mitglied der technischen Deputation für das Veterinärwesen ernannt worden.

— Den Domänenpächtern Seegebrecht zu Tretenwalde, Taucher zu Palzwitz und Bolke zu Marienthron, Regierungsbezirk Köslin, ist der Charakter als Königlicher Oberamtmann beigelegt worden.

— Nach einem Runderlaß des Ministers für Landwirthschaft 2c. vom 23. Januar 1885, der in Ausführung des Gesetzes, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes vom 18. Juni 1884, ergangen ist, soll Innungen die Berechtigung zur Ertheilung von Prüfungszeugnissen nur unter der Bedingung beigelegt werden, daß die Ertheilung auf Personen beschränkt werde, die bei Innungsmitgliedern, welche den Hufbeschlag praktisch ausüben, als Lehrlinge ausgelernt oder als Geselle mindestens drei Monate in Arbeit gestanden haben. Diese Bestimmung hat in Innungskreisen die dem Sinne nicht entsprechende Auslegung erfahren, daß die Vorbildung bei Mitgliedern jeder beliebigen Schmiedeinnung erworben werden könne, sofern diese nur den Hufbeschlag praktisch ausübten, und daß die praktische Ausbildungszeit der Prüfung nicht unmittelbar vorhergegangen zu sein brauche, Schmiede vielmehr auch nach Ablauf von Jahren nach Erfüllung der Vorbedingung zur Prüfung zugelassen werden könnten. Deshalb wird in einem neuen Runderlaß darauf hingewiesen, daß die Vorschrift, wonach für die Berechtigung nur solche Innungen in Frage kommen sollen, denen mindestens drei Meister angehören, die den Hufbeschlag praktisch und zur Zufriedenheit ihrer Kunden ausüben, keinen Zweifel darüber lasse, daß nur die Beschäftigung bei einem der berechtigten Innung angehörigen Hufschmiedemeister als Gewähr für eine genügende Vorbildung hat angesehen werden sollen. Ferner versteht sich von selbst, daß nicht ein längerer Zeitablauf zwischen der Ausbildung und der Prüfung diese Gewähr in Frage stellen darf. Vielmehr wird als äußerster Zeitraum, innerhalb dessen vor Ablegung der Prüfung die Lehrlingszeit oder die dreimonatige Gesellendienstzeit beendet sein darf, ein Jahr anzunehmen sein.

— Ueber die Verhandlungen, die jetzt wegen höherer Besteuerung der Waarenhäuser stattfinden, erfährt der „Konf.“, daß für die Besteuerung in erster Reihe der Geschäftsumsatz in Aussicht genommen ist, und zwar soll eine Veranlagung bis zur Höhe von 4 v. H. des Umsatzes gestattet sein. Die Waarenhaussteuer würde alle Detailgeschäfte treffen, deren Umsatz eine gewisse Höhe überschreitet. Ueber die für die Veranlagung maßgebende Höhe des Umsatzes steht noch nichts fest, ebenso wenig, ob zur Theilnahme an den Berathungen über die Materie Sachverständige herangezogen werden sollen.

— Der Stettiner Touristen-Klub unternahm am letzten Sonntag unter zahlreicher Betheiligung einen Ausflug nach dem $1^{1}/_{2}$ Stunden von der Eisenbahnstation Karolinenhorst entfernten Dorfe Friedrichswalde. Dasselbe liegt nebst dem benachbarten Dorfe Hintzendorf inmitten eines bedeutenden Forstreviers, des Friedrichswalder Forstes, in welchem die pommerschen Herzöge ihre großen Jagden veranstalteten. Herzog Johann Friedrich, der besonders ein leidenschaftlicher Jäger war, ließ sich, nachdem er den Schloßbau von Stettin beendet hatte, in der Nähe des alten Jagdhauses, genannt „Jagdhaus zum Sack“, ein großes Jagdschloß mit vielen Nebengebäuden bauen, welcher Bau 1578 vollendet war. Das Schloß, welches er Friedrichswalde nannte, war so umfangreich, daß in demselben außer dem Herzoge und seinem Gefolge auch noch die vielen Gäste, zu dem sehr oft der Schwiegervater Johann Friedrichs, der Kurfürst Johann Georg von Brandenburg, gehörte, Platz fanden. Auch mußten die Stallungen bedeutend gewesen sein, da oft über 300 Pferde untergebracht wurden. Im 30jährigen Kriege im Jahre 1630 wurde, wie so viele Bauwerke in Pommern, auch dieses Schloß von den Kaiserlichen vollständig zerstört. Nur der von Herzog Barnim X. gestiftete und theils selbst kunstvoll geschnitzte Altar und die Kanzel, welche aus der ehemaligen Oderburg bei Stettin stammen, konnten gerettet werden. Beides befindet sich jetzt nebst dem, das Taufbecken haltenden schwebenden Engel in der vor 9 Jahren vollendeten neuen Kirche. In der Vorhalle derselben ist auch der Grabstein des 1599 gestorbenen Hofnarren Johann Friedrichs, Claus Hintze, nach dem das nahe gelegene Dorf Hintzendorf seinen Namen hat, eingemauert. Die beiden Dörfer Friedrichswalde und Hintzendorf machen mit ihren sauberen Häusern, die meist schmucke Vorgärten haben, einen freundlichen Eindruck. Nur die Verpflegung läßt wie in allen entlegenen Dörfern viel zu wünschen übrig. Der schöne Blick auf das Ihnathal von der nahen Ihnazollbrücke bildete den Beschluß der Sehenswürdigkeiten dieses von dem besten Wetter begünstigten Ausfluges.

— Edelmarder und ähnliche Thiere in ganzer Figur als Halsschmuck oder gegen Kälte zu tragen, ist nicht ungefährlich, daß es vielmehr unter Umständen den schönen Trägerinnen sehr verhängnißvoll werden kann, beweist ein Vorfall, den die „M. N. N.“ ihren Leserinnen zur Warnung mittheilen. Vor wenigen Tagen wurde eine junge Dame, die die Treppen zur elterlichen Wohnung emporstieg, plötzlich von einer, wie wild sich geberdenden Katze unter zischenden und unheimlichen Lauten überfallen und von der sonst gutmüthigen Katze an Arm und Hals gebissen und zerkratzt. Auf das Schreien der Dame kam ein Mitbewohner des Hauses zu Hülfe und entfernte das Thier, das sich kaum beruhigen ließ und sich immer wieder auf die Dame stürzen wollte. Erst nachdem die Katze entfernt war, wurde es klar, daß der Ueberfall dem Thier und nicht dem Fräulein gegolten habe.

— Im Bellevue-Theater ist der Billetverkauf für das am Montag und Dienstag stattfindende Gastspiel von Joseph Kainz bereits eröffnet, leider war es nur möglich, den beliebten Künstler für diese zwei Gastvorstellungen zu gewinnen.

* Die Leiche des hier kürzlich verstorbenen Rentiers Adolf Sponholz wird durch das Beerdigungsinstitut von Bernh. Mundt zur Feuerbestattung nach Jena überführt.

* Einige Leute von dem unterhalb der Klosterstraße liegenden Dampfer „Oskar“ bemerkten in vorletzter Nacht am Bollwerk einen Mann, der ein Petroleumfaß vor sich herrollte; sie versuchten den Menschen anzuhalten, dieser ergriff aber unter Zurücklassung seiner Beute die Flucht. Das leere Faß wurde als muthmaßlich gestohlen dem Vertreter der Schlesischen Dampfer-Kompagnie, Kaufmann Otto Lange, in Verwahrung gegeben.

Aus den Provinzen.

× **Pasewalk,** 10. November. Der Stadthaushalts-Etat für unsere Stadt pro 1899 ist in Einnahme und Ausgabe auf 156 000 Mark gegen 152 000 Mark im Vorjahr und die Höhe der zu erhebenden Kommunalsteuerzuschläge wie im Vorjahr auf 150 Prozent der Einkommensteuer, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer festgesetzt.

△ **Neustettin,** 10. November. In voller Rüstigkeit beging heute Herr Mehlhändler Otto Wenzel mit seiner Gattin das seltene Fest der goldenen Hochzeit.

Gerichts-Zeitung.

Köslin, 10. November. Wegen 14 Pfennig (!), nämlich 5 Prozent Zinsen von 10 Mark auf die Zeit vom 28. Juli bis 7. Oktober d. J. hat das hiesige Amtsgericht durch Urtheil vom 10. v. M. von Rechts wegen Jemand auf die durch einen Anwalt vertretene Klage des hiesigen Armenverbandes verurtheilen müssen. Die Person hatte den Hauptanspruch von 10 Mk. und 90 Pf. Gerichtskosten am 6. Oktober d. J. bezahlt, ohne daß ihr Zinsen abgefordert waren. Für dies mit Entscheidungsgründen versehene Urtheil und die Vertretung des Klägers durch den Anwalt sind der Beklagten, welche erst durch Zustellung des Urtheils von der Sache Kenntniß bekam, noch 6 Mark Kosten mehr verursacht worden.

Dortmund, 10. November. Das hiesige Schwurgericht verurtheilte heute den Polizeisergeanten Maudel aus Hombruch wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einer Gefängnißstrafe von $1^{1}/_{2}$ Jahren.

Dessau, 10. November. Das Schwurgericht verurtheilte den Schutzmann Bartels aus Jeßnitz wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenbeseitigung zu einem Jahr Gefängniß und drei Jahren Ehrverlust.

— Zum Prozeß gegen die Photographen Wilcke und Priester wird Folgendes mitgetheilt: Die Strafkammer des Altonaer Landgerichts hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Photographen Willy Wilcke in Hamburg und Priester in Berlin wegen Hausfriedensbruchs im Schlosse zu Friedrichsruh in der Todesnacht des verstorbenen Fürsten Otto von Bismarck beschlossen. In Folge dieses Beschlusses findet auf Requisition der Altonaer Strafkammer heute Vormittag im Moabiter Straf-Justizgebäude die kommissarische Vernehmung des Leibarztes des verstorbenen Fürsten von Bismarck, des Professors Dr. Schweninger, ferner des Direktors Baltz von der Patriotischen Verlagsanstalt, beide wohnhaft in Berlin, und des jetzigen königlichen Portiers des Schlosses Bellevue, des bekannten früheren Leib-Kammerdieners des Fürsten Pinnow, statt. Professor Dr. Schweninger soll bekunden, daß er verschiedene Zeichner behufs Aufnahme einer Skizze des verstorbenen Fürsten auf dem Todtenbette in das fürstliche Schlafzimmer persönlich eingeführt hat, während Direktor Baltz bezeugen soll, daß er sich als Bedingung für den Ankauf der Wilcke-Priester'schen photographischen Aufnahmen die Zustimmung des jetzigen Fürsten Herbert von Bismarck zur Veröffentlichung vorbehalten habe. Der ehemalige Kammerdiener Pinnow soll darüber vernommen werden, ob es den Photographen Wilcke und Priester nicht zu jeder Zeit gestattet gewesen sei, den Garten und das Innere des Schlosses zum Zwecke photographischer Aufnahmen zu betreten. Der Vertheidiger der Herren Wilcke und Priester, Herr Rechtsanwalt Dr. Vielhaben aus Hamburg, sowie der angeschuldigte Photograph Wilcke sind bereits nach Berlin abgereist, um der Verhandlung beizuwohnen. Eine andere kommissarische Vernehmung in dieser Sache hat bereits vor einigen Tagen in Demmin (in Pommern) stattgefunden. Die sensationelle Prozeßsache wird seit voriger Woche mit großem Eifer betrieben und der Termin zur Hauptverhandlung in Altona soll sofort nach beendeten Vernehmungen angesetzt werden.

— Von großer Bedeutung ist eine in der Berufungsinstanz vom Landgericht Oppeln ergangene, rechtskräftig gewordene Entscheidung über die Haftung des Möbeltransport-Unternehmers für den beim Transport der Möbel an den Treppen u. s. w. verursachten Schaden. In dem strittigen Falle hatte der Hauswirth zunächst den Miether für einen Schaden in Höhe von 23 Mark im Wege der Klage mit Erfolg in Anspruch genommen, worauf dann der Miether gegen den Möbeltransport-Unternehmer auf Ersatz dieses Betrages klagte. Das Amtsgericht wies die Klage ab, weil der Frachtführer „für ein im Vertrage nicht vorgesehenes Verschulden seiner Leute nicht hafte“. Das Landgericht aber hob diese Entscheidung auf und erkannte nach dem Klageantrag, indem es im Wesentlichen Folgendes ausführte: „Der Transport-Vertrag ist ein Werkverdingungs-Vertrag, da durch ihn nicht einzelne Dienstleistungen übernommen werden, sondern die Ausführung eines ganzen Werkes gegen einen bestimmten Preis übernommen wird. Nach § 930 A. A.-R. muß aber der Werkmeister die Handlungen der von ihm gewählten Gehülfen vertreten.

Vermischte Nachrichten.

Bankwesen.

London, 10. November. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 21 517 000, Zunahme 417 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 27 303 000, Abnahme 270 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 32 020 000, Zunahme 147 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 26 632 000, Abnahme 1 823 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 34 585 000, Abnahme 1 772 000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 5 950 000, Zunahme 2000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 19 147 000, Zunahme 384 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 10 205 000, Abnahme 355 000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven $52^{7}/_{8}$ gegen $49^{3}/_{4}$ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 145 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 7 Millionen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. November. Wetter: Neblig. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 770 Millimeter. Wind: OSO.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 37,60 bez.

Paris, 10. November, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Ruhig.

	10.	9.
3% Franz. Rente	101,90	101,87
5% Ital. Rente	91,82	91,82
Portugiesen	23,10	23,20
Portugiesische Tabaksoblig.	473,00	473,00
4% Rumänier	—,—	93,50
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	101,75
$3^{1}/_{2}$% Russ. Anl.	100,30	—,—
3% Russen (neue)	95,10	95,25
4% Serben	59,30	59,25
4% Spanier äußere Anleihe	41,90	42,20
Convert. Türken	22,35	22,30
Türkische Loose	111,50	110,50
4% türk. Pr.-Obligationen	469,00	469,00
Tabacs Ottom.	271,00	267,00
4% ungar. Goldrente	102,70	102,00
Meridional-Aktien	669,00	670,00
Oesterreichische Staatsbahn	763,00	—,—
Lombarden	162,00	—,—
B. de France	3635	3635
B. de Paris	936,00	939,00
Banque ottomane	543,00	545,00
Credit Lyonnais	847,00	845,00
Debeers	653,00	649,00
Langl. Estrat.	79,00	79,00
Rio Tinto-Aktien	781,00	771,00
Robinson-Aktien	223,50	223,00
Suezkanal-Aktien	3665	3658
Wechsel auf Amsterdam kurz	207,25	207,25
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	$122^{5}/_{16}$
do. auf Italien	8,12	8,12
do. auf London kurz	$25,32^{1}/_{2}$	25,33
Cheque auf London	25,35	$25,35^{1}/_{2}$
do. auf Madrid kurz	350,00	359,00
do. auf Wien kurz	208,00	208,00
Huanchaca	51,00	51,00
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 10. November, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per November $9,72^{1}/_{2}$, per Dezember $9,82^{1}/_{2}$, per Januar $9,92^{1}/_{2}$, per Februar 10,00, per März $10,07^{1}/_{2}$, per Mai $10,17^{1}/_{2}$. Stetig.

Hamburg, 10. November, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 32,00 G., per März 32,75 G., per Mai 32,00 G., per September 33,25 G.

Bremen, 10. November. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 7,00 B. Schmalz ruhig. Wilcox 28 Pf., Armour shield 28 Pf., Cudahy 29 Pf., Choice-Grocery 29 Pf., White label 29 Pf. — Speck ruhig. Short clear middl. loko $29^{1}/_{4}$ Pf. — Reis stetig. — Kaffee fest. — Baumwolle ruhig. Upland middl. loko 28 Pf.

Wien, 10. November. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 9,54 G., 9,55 B. Roggen per Frühjahr 8,26 G., 8,28 B. Mais per Mai-Juni 4,95 G., 4,97 B. Hafer per Frühjahr 6,22 G., 6,24 B.

Amsterdam, 10. November. Java-Kaffee good ordinary 34,00.

Amsterdam, 10. November. Bancazinn 50,25.

Amsterdam, 10. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftslos, per November —,—, per März —,—. Roggen loko —,—, do. auf Termine fest, per März 135,00, per Mai 131,00. Rüböl loko —,—, per Dezember —,—, per Mai —,—.

Antwerpen, 10. November, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,62 bez. u. B., per November 19,62 B., per Dezember 19,87 B., per Januar-März 20,00 B. Fest.

Schmalz per November 69,25.

Antwerpen, 10. November. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste weichend.

Paris, 10. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per November 21,65, per Dezember 21,45, per Januar-Februar 21,40, per Januar-April 21,40. Roggen ruhig, per November 14,70, per Januar-April 14,50. Mehl fest, per November 47,35, per Dezember 46,85, per Januar-Februar 46,10, per Januar-April 46,05. Rüböl ruhig, per November 52,25, per Dezember 52,50, per Januar-April 53,50, per Mai-August 53,75. Spiritus fest, per November 42,75, per Dezember 42,25, per Januar-April 42,75, per Mai-August 42,75. — Wetter: Schön.

Paris, 10. November. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 pCt. loko 29,75 bis 30,25. Weißer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 31,12, per Dezember 31,37, per Januar-April 31,87, per März-Juni 32,37.

Havre, 10. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Dezember 38,50, per März 38,75, per Mai 39,25. Ruhig.

London, 10. November. 96% Javazucker loko 12,12 stetig, Rüben-Rohzucker loko 9 Sh. $8^{1}/_{4}$ d. Käufer stetiger.

London, 10. November. Angeboten an der Küste 3 Weizenladungen.

London, 10. November. Chili-Kupfer $56^{1}/_{16}$, per drei Monate $56^{3}/_{16}$.

London, 10. November. Spanisches Blei 13 Lstr. 6 Sh. 3 d. bis 13 Lstr. 7 Sh. 6 d.

Glasgow, 10. November. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 49 Sh. 7 d. Warrants Middlesborough III. 49 Sh. $7^{1}/_{2}$ d.

Newyork, 9. November. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 218 000, do. nach Frankreich 7000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 156 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 54 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Qrts.

Newyork, 10. November. (Anfangskourse.) Weizen per Dezember 73,50. Mais per Dezember 38,00.

Newyork, 10. November, Abends 6 Uhr.

	10.	9.
Baumwolle in Newyork	$5^{5}/_{16}$	$5^{5}/_{16}$
do. Lieferung per Dezember	—,—	5,08
do. Lieferung per Februar	—,—	5,16
do. in Neworleans	4,75	4,75
Petroleum, raff. (in Cases)	8,15	8,15
Standard white in Newyork	7,40	7,40
do. in Philadelphia	7,35	7,35
Credit Calances at Oil City	118,00	118,00
Schmalz Western steam	$5,22^{1}/_{2}$	$5,27^{1}/_{2}$
do. Rohe und Brothers	5,50	5,50
Zucker Fair refining Moscovados	$3^{13}/_{16}$	$3^{13}/_{16}$
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	75,00	75,62
per Dezember	73,25	73,87
per März	73,62	74,50
per Mai	70,62	71,50
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,12	6,00
per Dezember	5,50	5,40
per Februar	5,70	5,60
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,65	2,65
Mais stetig,		
per November	—,—	—,—
per Dezember	37,87	38,00
per Mai	38,75	39,00
Kupfer	12,87	12,75
Zinn	18,20	18,35
Getreidefracht nach Liverpool	5,00	5,00

Chicago, 10. November.

	10.	9.
Weizen kaum stetig, November	64,50	65,50
per Dezember	64,75	65,75
Mais stetig, per Dezember	31,87	32,00
Pork per Dezember	7,85	7,80
Speck short clear	$5,12^{1}/_{2}$	$5,12^{1}/_{2}$

Woll-Berichte.

Bradford, 10. November. Tendenz zu Gunsten der Käufer in Folge großer Vorräthe von Croßbreds, die Banken drängen ihre Klienten, ihre Waare zu verkaufen. Mohairwolle stetig. Garne für den Export ohne Festigkeit.

Wasserstand.

* **Stettin,** 11. November. Im Revier 5,45 Meter = 17' 4".

Telegraphische Depeschen.

Braunschweig, 11. November. (Privat-Telegramm.) In der Norddeutschen Zuckerraffinerie zu Frellstedt fand in der vergangenen Nacht um 2 Uhr eine fürchterliche Explosion statt. Bis 5 Uhr waren 16 Verwundete per Wagen nach dem Krankenhause in Helmstedt geschafft.

Wien, 11. November. Die „Arbeiter-zeitung“ erklärt bei Besprechung des Prozesses Luccheni, daß das Urtheil ein vollständig gerechtes sei, sagt aber, daß es nunmehr nothwendig sei, vor Allem die Ursachen aus der Welt zu schaffen, die derartige Verbrechen hervorrufen; man müsse trachten, das Elend und die Rohheit zu bekämpfen, den Geist des Verbrechens ebenso zu besiegen, wie jene, die an Blutstrafen festhalten.

Brüssel, 11. November. Die Meldung des „Daily Mail“, wonach der König der Belgier im Auftrage eines Syndikats an die spanische Regierung die Offerte gemacht habe, die Philippinen in Pacht zu nehmen, wird offiziell dementirt.

Rom, 11. November. Der Regierung sind anarchistische Drohbriefe mit der Ankündigung zugegangen, daß der Palazzo Corsini in die Luft gesprengt werden solle.

London, 11. November. „Daily Mail“ kommentirt die Kolonial-Pläne Deutschlands und sagt, daß Deutschland bei seinem Nachbar England keine Schwierigkeiten antreffen werde, um sich einen Kolonialbesitz zu schaffen. Wir brauchen, sagt das Blatt, nicht die ganze Erde und es giebt noch genug Gebiete, wo Deutschland sich unbehelligt niederlassen kann. Wenn Deutschland Kohlenstationen im Orient und dem äußersten Osten verlangt, so wird England es nicht daran hindern und wird ihm keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Das Blatt fährt fort, indem es ausführt, England müsse in ein Bündniß mit den Vereinigten Staaten treten, das sei das Endziel der gesamten englischen Politik und dahin müsse auch die englische Regierung arbeiten.

Damaskus, 11. November. Das Kaiserpaar besuchte von hier aus Baalbek; die dortige Bevölkerung bereitete ihm einen großartigen Empfang. Heute Vormittag wird das Kaiserpaar nach Beirut zurückkehren und sich von dort alsbald an Bord zur Rückreise nach Deutschland begeben. Am 27. d. wird es jedenfalls in Brunsbüttel eintreffen. — In Madrid glaubt man, Kaiser Wilhelm werde auch Sevilla besuchen. Für den Fall, daß er nach Madrid kommen sollte, hat man daselbst ein großes Bankett und eine Parade in Aussicht genommen. In Madrider politischen Kreisen macht der Besuch des Kaisers in Spanien großes Aufsehen. Die Presse urtheilt darüber außerordentlich freundlich und würde in dem Besuch eine neue Sympathiekundgebung für Spanien erblicken.